

Nr. 58 / 09 vom 16. November 2009

**Regeln zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis
und Grundsätze für das Verfahren bei Verdacht
auf wissenschaftliches Fehlverhalten
in der Universität Paderborn
(mit englischer Übersetzung)**

Vom 16. November 2009

**Regeln zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis
und Grundsätze für das Verfahren bei Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten
in der Universität Paderborn**

Vom 16. November 2009

Aufgrund des § 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 31. Oktober 2006 (GV.NRW S. 474), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes zur Reform der Lehrerausbildung vom 12. Mai 2009 (GV.NRW.S. 308) hat die Universität Paderborn die folgenden Grundsätze erlassen. Als Referenzrahmen dienen die „Regeln guter wissenschaftlicher Praxis“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG-Vordruck 2.01 – 1/08 – II3):

§ 1

Allgemeines

Die Universität wird jedem konkreten Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten in der Universität Paderborn nachgehen. Sollte sich nach Aufklärung des Sachverhaltes der Verdacht auf ein Fehlverhalten bestätigen, werden im Rahmen der zu Gebote stehenden Möglichkeiten dem Einzelfall angemessene Maßnahmen ergriffen.

§ 2

Wissenschaftliches Fehlverhalten

I Ein wissenschaftliches Fehlverhalten wird dann als gegeben angesehen, wenn in einem wissenschaftlichen Zusammenhang bewusst oder grob fahrlässig Falschangaben gemacht werden, geistiges Eigentum anderer verletzt oder in anderer Weise deren Forschungstätigkeit beeinträchtigt wird.

II Als wissenschaftliches Fehlverhalten kommt insbesondere bei Veröffentlichungen Folgendes in Betracht

A Falsche Angaben

- 1.) durch Erfinden von Daten
- 2.) durch Verfälschen von Daten, z.B. durch unvollständige Verwendung von Daten und Nichtberücksichtigung unerwünschter Ergebnisse, ohne dies offen zu legen, sowie durch Manipulation von Darstellungen oder Abbildungen,
- 3.) durch unrichtige Angaben in einem Bewerbungsschreiben oder in einem Förderantrag (einschließlich Falschangaben zum Publikationsorgan und zu in Druck befindlichen Veröffentlichungen)

B Verletzung geistigen Eigentums

- 1.) in Bezug auf ein von einem anderen geschaffenes urheberrechtlich geschütztes Werk oder von anderen stammende wesentliche Erkenntnisse, Hypothesen, Lehren oder Forschungsansätze durch
 - a) die unbefugte Verwertung unter Anmaßung der Autorschaft (Plagiat),
 - b) die Anmaßung wissenschaftlicher Autor- und Mitautorschaft
 - c) die Verfälschung des Inhalts,

- d) die unbefugte Veröffentlichung und das unbefugte Zugänglichmachen gegenüber Dritten, solange das Werk, die Erkenntnis, die Hypothese, die Lehre oder der Forschungsansatz noch nicht veröffentlicht ist,
 - 2.) durch die Benennung der (Mit-) Autorschaft anderer ohne deren Einverständnis
- C** Ausbeutung von Forschungsansätzen und Ideen anderer, insbesondere als Gutachter
 - D** Beeinträchtigung der Forschungstätigkeit anderer durch die Sabotage von Forschungstätigkeit (einschließlich des Beschädigens, Zerstörens oder Manipulierens von Literatur, Archiv- und Quellenmaterial, Versuchsanordnungen, Geräten, Unterlagen, Hardware, Software, Chemikalien oder sonstiger Sachen, die ein anderer zur Durchführung eines Forschungsvorhabens benötigt)
 - E** Beseitigung von Primärdaten, insofern damit gegen gesetzliche Bestimmungen oder disziplinbezogene anerkannte Grundsätze wissenschaftlicher Arbeit verstoßen wird.
- III** Eine Mitverantwortung kann sich unter anderem aus
- A** aktiver Beteiligung am Fehlverhalten anderer
 - B** dem Mitwissen um Fälschungen durch andere
 - C** der Mitautorschaft an fälschungsbehafteten Veröffentlichungen
 - D** grober Vernachlässigung der Aufsichtspflicht
- ergeben.

§ 3

Einzelregelungen

- I** Alle wissenschaftlich Tätigen sind zur Einhaltung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis verpflichtet. Diese Regeln sollen fester Bestandteil der Ausbildung sein. Im Rahmen von Forschungsprojekten obliegt es der oder dem für das Projekt Verantwortlichen, auf die Einhaltung dieser Regeln hinzuwirken.
- II** Die Verantwortlichen haben durch geeignete Organisation ihres Arbeitsbereiches sicherzustellen, dass die Aufgaben der Leitung, Aufsicht, Konfliktregelung und Qualitätssicherung eindeutig zugewiesen sind und gewährleistet ist, dass sie tatsächlich wahrgenommen werden.
- III** Der Ausbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses muss besondere Aufmerksamkeit gelten. Eine angemessene Betreuung ist sicherzustellen. Dazu

gehören auch regelmäßige Besprechungen und die Überwachung des Arbeitsfortschrittes.

- IV** Leistungs- und Bewertungskriterien für Prüfungen, Verleihungen akademischer Grade, Beförderungen, Einstellungen, Berufungen und Mittelzuweisungen sollen so festgelegt werden, dass Originalität und Qualität als Bewertungsmaßstab stets Vorrang vor Quantität haben.
- V** Die oder der für ein Forschungsprojekt Verantwortliche hat sicherzustellen, dass Originaldaten als Grundlage für Veröffentlichungen im Rahmen der technischen Möglichkeiten auf haltbaren und gesicherten Trägern 10 Jahre aufbewahrt werden. Weitergehende Aufbewahrungspflichten aufgrund gesetzlicher Bestimmungen sowie Maßnahmen zum Schutz personenbezogener Daten bleiben hiervon unberührt.
- VI** Autorinnen und Autoren einer wissenschaftlichen Veröffentlichung tragen die Verantwortung für deren Inhalt gemeinsam. Die Ausnahmen sollten kenntlich gemacht werden. Alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die wesentliche Beiträge zur Idee, Planung, Durchführung oder Analyse der Forschungsarbeit geleistet haben, sollten die Möglichkeit haben, Koautoren zu sein. Personen mit kleineren Beiträgen werden in der Danksagung erwähnt.
- VII** Das Präsidium bestellt eine Ombudsperson und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter als Ansprechpartner für Mitglieder und Angehörige der Universität bestellt.
- Von der Wahl zur Ombudsperson ausgeschlossen sind die Dekaninnen und die Dekane und Prodekaninnen und Prodekane sowie die Mitglieder des Präsidiums und des Hochschulrats.
- Die Ombudsperson steht denjenigen Personen, die sie über ein mögliches wissenschaftliches Fehlverhalten unterrichten, für Beratungsgespräche zur Verfügung. Sie prüft die Plausibilität der Vorwürfe. Sie berät auch diejenigen, die sich dem Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens ausgesetzt sehen. Die Amtszeit der Ombudsperson beträgt drei Jahre. Die Ombudsperson erstattet dem Präsidenten jährlich Bericht.
- VIII** Zur Untersuchung von Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens wird auf Vorschlag des Präsidiums im Einvernehmen mit dem Senat vom Senat eine ständige Kommission bestellt. Ihr gehören an:
- drei Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen,

- ein Mitglied der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- ein Mitglied aus der Gruppe der Studierenden ab 4. Semester
- bis zu zwei weitere Mitglieder der Hochschule,
- die Ombudsperson, bzw. ihre Stellvertreterin / ihr Stellvertreter mit beratender Stimme.

Die Amtszeit beträgt zwei Jahre. Wiederwahl ist möglich.

Die Kommission wählt aus ihrer Mitte eine Vorsitzende / einen Vorsitzenden und entscheidet mit der Stimmenmehrheit ihrer anwesenden Mitglieder.

Die Kommission ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend sind.

§ 4

Verfahren bei Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten

I Vorprüfung

A Erhält die Ombudsperson oder die Stellvertreterin bzw. der Stellvertreter Hinweise auf wissenschaftliches Fehlverhalten, so prüft sie oder er die Vorwürfe unter Plausibilitäts Gesichtspunkten auf Konkretheit und Bedeutung, auf mögliche Motive und im Hinblick auf Möglichkeiten der Ausräumung der Vorwürfe.

Bei konkreten Verdachtsmomenten auf wissenschaftliches Fehlverhalten informiert die Ombudsperson unverzüglich die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs. Die Information soll schriftlich erfolgen.

B Der oder dem vom Verdacht des Fehlverhaltens Betroffenen wird unverzüglich Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Frist für die Stellungnahme beträgt in der Regel zwei Wochen. Der Name des Informierenden wird ohne dessen Einverständnis der oder dem Betroffenen in dieser Phase nicht offenbart.

C Nach Eingang der Stellungnahme der oder des Betroffenen bzw. nach Verstreichen der Frist trifft die Ombudsperson innerhalb von zwei Wochen die Entscheidung darüber, ob

- das Vorprüfungsverfahren - unter Mitteilung der Gründe an den Betroffenen und den Informierenden - zu beenden ist, weil sich der Verdacht nicht bestätigt, bzw. ein vermeintliches Fehlverhalten vollständig aufgeklärt hat, oder
- eine Überleitung in das förmliche Untersuchungsverfahren zu erfolgen hat.

D Soll das Vorprüfungsverfahren eingestellt werden, so ist die informierende Person vorher anzuhören, und sie hat innerhalb von in der Regel zwei Wochen das Recht auf Vorsprache bei den am Vorverfahren Beteiligten, die ihre Entscheidung noch einmal prüfen.

II Förmliche Untersuchung

A Die Eröffnung eines förmlichen Untersuchungsverfahrens wird dem Präsidium durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden der ständigen Kommission mitgeteilt.

B Die ständige Kommission kann nach eigenem Ermessen Fachgutachter aus dem Gebiet eines zu beurteilenden wissenschaftlichen Sachverhalts sowie Experten für den Umgang mit solchen Fällen als weitere Mitglieder mit beratender Stimme hinzuziehen. Zusätzlich sollte als beratender Gutachter das für die Forschung zuständige Mitglied des Präsidiums hinzugezogen werden.

C Die Kommission berät in nichtöffentlicher mündlicher Verhandlung. Sie prüft in freier Beweiswürdigung, ob wissenschaftliches Fehlverhalten vorliegt. Das rechtliche Gehör der oder des Betroffenen ist zu wahren. Sie oder er kann - ebenso wie die oder der Informierende - verlangen, persönlich angehört zu werden, dazu können sie eine Person ihres Vertrauens als Beistand hinzuziehen.

D Hält die ständige Kommission ein Fehlverhalten für nicht erwiesen, so wird das Verfahren eingestellt. Hält sie ein Fehlverhalten für erwiesen, so legt sie das Ergebnis ihrer Untersuchung dem Präsidium mit einem Vorschlag zur Entscheidung und weiteren Veranlassung vor.

E Die wesentlichen Gründe, die zur Einstellung des Verfahrens oder zur Weiterleitung an das Präsidium geführt haben, sind der oder dem Betroffenen und der informierenden Person schriftlich mitzuteilen.

F Ein internes Beschwerdeverfahren gegen die Entscheidung der ständigen Kommission ist nicht gegeben.

G Die Akten der förmlichen Untersuchung sind 30 Jahre aufzubewahren.

III Rechtsfolgen

Die sich aus der Stellung des Dienstvorgesetzten ergebenden Rechte und Pflichten bleiben unberührt.

§ 5

Inkrafttreten

Diese Grundsätze treten am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Mitteilungen der Universität Paderborn in Kraft. Gleichzeitig treten die Grundsätze vom 13. August 2001 (AM.Uni.Pb. 15/2001) außer Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats vom 16. September 2009.

Paderborn, den 16. November 2009

Der Präsident
der Universität Paderborn

gez. Professor Dr. Nikolaus Risch

Rules for the securing of good academic practice and basic principles for the procedure on suspicion of academic misconduct at the University of Paderborn

By 16th November 2009

On the basis of § 2, Clause 4 of the Law concerning the universities of the state of North-Rhine-Westphalia (the University Law) of 31st October 2006 (GV. NRW P. 474), most recently amended by the University admission reform law of 12th November 2008 (GV. NRW. P. 712), the University of Paderborn has issued the following basic principles. The framework of reference is provided by the 'rules of good academic practice' of the German research community (DFG official form 2.01 – 1/08 – II3):

§ 1

General

The university will pursue every instance of suspicion of academic misconduct at the University of Paderborn. If the suspicion of misconduct should be confirmed correct subsequent to the clarification of the matter, appropriate steps will be taken pursuant to the case in hand within the scope of the options that are available.

§ 2

Academic Misconduct

I A case of academic misconduct is viewed as being given if intentional or wantonly negligent misrepresentations are made in an academic context, if the intellectual property of another person is infringed or their research activity is impaired in another way.

II Academic misconduct comes into question, in particular, in the event of publications of the following:

A Misrepresentations

- 1.) Through inventing information
- 2.) Through the distortion of information, e.g. through the incomplete use of information and failing to consider unwanted results without disclosing them as well as through the manipulation of presentations or diagrams,
- 3.) Through incorrect details in a letter of application or in a sponsorship application (including misrepresentations about the publishing house and publications which are in print)

B Infringement of intellectual property

- 1.) In reference to a work that is protected by copyright which was published by another person or the academic findings, hypotheses, teachings or research approaches of others through:
 - a) unauthorised utilisation under assumption of authorship (plagiarism),
 - b) the assumption of academic authorship and co-authorship
 - c) the falsification of the content,

d) the unauthorised publication and the unauthorised granting of accessibility to third parties if the work, the knowledge, the hypothesis, the teaching or the research approach in question is not yet published,

2.) Through stating the (co-) authorship of others without their agreement

- C** The exploitation of the research approaches and the ideas of others, especially as an expert
- D** The impairment of the research activities of others through the sabotaging of their research activity (including the damaging, destruction or manipulation of literature, archiving and source material, test arrangements, devices, documents, hardware, software, chemicals or other things that another person requires for the completion of a research project)
- E** The removal of primary data, in as far as this involves the infringement of legal regulations or recognised, discipline-related principles of academic work.

III Co-responsibility can result, among others, from

- A** active participation in the misconduct of others
- B** knowledge of the fraudulent work of others
- C** co-authorship of publications that are of a fraudulent nature
- D** wilful neglect of the duty of supervision.

§ 3

Individual Rules

- I** All persons active at an academic level are obliged to comply with the rules of good academic practice. These rules are considered to be a fixed component of the education. Within the scope of research projects, the person who is responsible for the project is obliged to ensure compliance with these rules.
- II** Through the appropriate organisation of their area of work, the responsible persons must ensure that the management, supervision, conflict resolution and quality assurance tasks are clearly allocated and that it is guaranteed that they are actually performed.
- III** Particular attention must be paid to the training and advancement of the young academics. A suitable level of support is to be guaranteed. These also include regular discussions and the monitoring of the progress of the work.
- IV** The performance and evaluation criteria for examinations, the awarding of academic degrees, promotions, appointments, appeals and the appropriation of funds are to be arranged such that the assessment factors originality and quality take precedence over quantity at all times.
- V** The person who is responsible for a research project must guarantee that original data is stored as the basis for publications within the scope of the technical possibilities on durable and secure data carriers for 10 years.
Extensive obligations to preserve records on the basis of legal conditions and measures for the protection of personal information remain hereby unaffected.

VI Authors of an academic publication share responsibility for its content. Exceptions are to be identified. All academics who provide key contributions to the idea, planning, completion or analysis of research work should have the option of being able to be co-authors. Persons who make smaller contributions will be mentioned in the acknowledgements.

VII **The University Governing Board appoints** an Ombudsperson and a representative as a contact for members of and persons who are affiliated to the university. The Dean and the Vice Dean as well as the members of the **University Governing Board** and the **University Council** are excluded from the vote for the Ombudsperson.

The Ombudsperson is available for consultations to persons who inform them of a possible instance of academic misconduct. The Ombudsperson checks the plausibility of the allegations. They also advise the persons who are under accusation of academic misconduct. The tenure of office of the Ombudsperson totals three years. The Ombudsperson provides the president with an annual report.

VIII In order to investigate accusations of academic misconduct, on the suggestion of the Governing Board and in agreement with the Senate, a permanent commission will be appointed. The commission is comprised of:

- three **members of the group of University Lecturers,**
- one **member of the group of academic workers,**
- one member of the group of those studying subsequent to a 4th semester
- up to two additional members of the University,
- the Ombudsperson and/or their representative in an advisory capacity.

The tenure of office totals two years. Re-election is possible.

The commission selects a Chairperson from its midst and decides on the basis of a majority vote of its present members.

The commission constitutes a quorum if more than half of its members are present.

§ 4

Procedure in the Event of Suspicion of Academic Misconduct

I. Preliminary Check

A If references of academic misconduct are made to the Ombudsperson or their representative, then s/he will investigate the allegations for their specific nature and meaning under aspects of plausibility, for possible themes and in view of the possibilities of the lifting of the accusations.

In the event of specific instances of suspicion of academic misconduct, the Ombudsperson informs the Vice President or the Vice President for Research and junior academic staff without delay. The information should be provided in writing.

B The person under suspicion of misconduct is given the opportunity to make a representation without delay. The time period for the representation generally totals two weeks. During this phase, the name of the informant will not be disclosed to the affected person without their agreement.

C Subsequent to the receipt of the representations from the affected person and/or subsequent to the expiry of the time period, within a period of two weeks, the Ombudsperson decides as to whether

- the preliminary checking procedure is to be ended – under provision of the reasons to the affected person and the informant – because suspicion is not confirmed, and/or an alleged act of misconduct has been completely resolved, or
- the matter is to proceed to the formal investigation procedure.

D If the preliminary checking procedure is to be stopped, then the informant is to be heard prior to this, and within two weeks, they generally have the right to a personal discussion with the participants in the preliminary proceedings who check their decision once more.

II Formal Investigation

A The University Governing Board will be informed of the opening of a formal investigation procedure by the Chairperson of the permanent commission.

B The permanent commission is able to appoint specialist consultants from the subject area of an academic matter which is to be evaluated as well as experts for dealing with such cases, as well as additional members with an advisory voice. In addition to this, they can also consult the member of the Governing Board responsible for research.

C The commission completes its negotiations orally and in private. It examines as to whether a case of academic misconduct exists under free consideration of the evidence. The affected party's right to a legal hearing is to be preserved. Just as the informant, s/he has the right to a personal hearing, and s/he is also able to be accompanied by a person of their trusting for support on this occasion.

D If the permanent commission does not view misconduct to be proven then the procedure will be stopped. If it views a case of misconduct as being proven, then it presents the Governing Board with the results of its investigation with a suggestion concerning the decision and the subsequent action to be taken.

E The primary reasons which have led to the stopping of the proceedings or their forwarding to the Governing Board are to be communicated to the affected person and the informant in writing.

F An internal complaint procedure against the decision of the permanent commission is not provided.

G The files for the formal investigation are to be kept for 30 years.

III Legal Consequences

The rights and duties which result from the appointment of the supervisor remain unaffected.

§ 5 Entry into force

These principles enter into force the day after their publication in the official journals of the University of Paderborn. **The rules of 13th August 2001 cease to be valid at the same time (AM.Uni.Pb. 15/2001).**

Completed on the basis of the decision of the Senate of 16th September 2009.

Paderborn, 16th November 2009

The President
of the University of Paderborn

Professor Dr. Nikolaus Risch